

Juni 2023

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Der Juni-Gipfel des Europäischen Rates: Gewohnte Beschwerden, neue Lösungen?

Europäischer Rat am 29. und 30. Juni 2023

Dr. Hardy Ostry, Lukas Wick, Tom Körner, Domien Te Riele, Jonas Gockel, Stanislav Linchevsky

Beim Juni-Ratsgipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union stand einmal mehr der Ukraine-Krieg im Fokus des Geschehens. Noch unter dem Eindruck der Ereignisse rund um die Wagner-Gruppe vom vorhergehenden Wochenende, herrschte weitgehend der Eindruck vor, das Regime Putin sei ins Wanken geraten und erste Risse seien zu entdecken. Andere Teilnehmer gaben warfen ein, es sei auch nicht auszuschließen, dass es sich um eine gefährliche Inszenierung gehandelt haben könnte.

Auch Viktor Orban hat einmal mehr versucht, das Rampenlicht des Gipfels für sich zu nutzen und blockierte kurzerhand die für Donnerstagabend angesetzten Debatten um den Abschluss text zur Migration. Auch die Wirtschaft darf hierbei natürlich nicht zu kurz kommen: Der Fokus lag diesmal auf der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität Europas. Insofern war es wieder einmal ein Rat mit alten Beschwerden und neuen Debatten, um die sich die EU derzeit kümmern muss.

Ukraine

Hintergrund:

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 setzt sich fort. Im Frühjahr blieben die Fronten weitgehend verhärtet, am 20. Mai 2023 erklärte die russische Seite die hart umkämpfte Stadt Bachmut für eingenommen, was jedoch von ukrainischen Stellen dementiert wurde. Die russischen Truppen führen zunehmend gezielte Raketen- und insbesondere Drohnenangriffe auf kritische und zivile Infrastruktur durch, dabei kommt es regelmäßig zum Beschuss von Wohngebäuden mit zahlreichen zivilen Opfern.

Am 6. Mai 2023 wurde der unter russischer Kontrolle stehende Kachowka-Staudamm am Fluss Dnipro durch eine Explosion zerstört. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und der Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz, Janez Lenarčič, sprachen von einer „neuen Dimension russischer Gräueltaten“ und nannten den Vorfall „möglicherweise ein Kriegsverbrechen“. Die EU stellte für die betroffene Region sowohl zusätzliche 500.000 Euro für humanitäre Maßnahmen vor Ort bereit als auch mobile Wasseraufbereitungsanlagen zur Verfügung.

Am 17. Mai erklärten die Staats- und Regierungschefs des Europarats ihre Unterstützung für ein noch einzurichtendes Sondertribunal für das Verbrechen der Aggression. Dabei forderten sie Russland dazu auf, unverzüglich alle in das russische Hoheitsgebiet verschleppten Zivilisten, insbesondere Kinder, freizulassen. Vertreter der EU-Staaten verständigten sich am 21. Mai auf ein neues Sanktionspaket gegen Russland. Die vorgesehenen Maßnahmen zielen einerseits auf weitere Personen und Organisationen ab, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen, andererseits beinhaltet das Paket ein Instrument gegen die Umgehung von bereits bestehenden Sanktionen. Demnach könnten Exporte in bestimmte Drittstaaten wegen einer möglichen Umgehung von Sanktionen eingeschränkt werden. Als Beispiele für solche Staaten gelten etwa Kasachstan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Armenien und China. Einige EU-Staaten, inklusive Deutschland, äußerten aus Sorge um die Handelsbeziehungen insbesondere zu China Bedenken gegen zu weitreichende Maßnahmen.

Im Vorfeld des Europäischen Rates einigten sich die Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten im Zuge ihres Treffens in Luxemburg am 26.06. auf

eine Aufstockung der Finanzmittel für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die Ukraine und andere Partnerländer um weitere 3,5 Milliarden Euro. In den vergangenen Monaten wurde die Frage der möglichen Abgabe und Ausgestaltung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine durch die Europäische Union bzw. die NATO kontrovers diskutiert. Insbesondere Präsident Macron hatte für solche Garantien geworben, ohne aber ein konkretes Konzept dazu vorzustellen. Die „neutralen“ EU-Mitglieder Österreich, Irland und Malta hatten unter Verweis auf ihre Neutralität Bedenken geäußert.

Entwicklung

Der Rat betont in seinem Bericht die Bedeutung der Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, während er zugleich die Unterstützung der EU für die ukrainische Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität bekräftigt. Jede gerechte und dauerhafte Friedensinitiative müsse diese als Grundlage haben. Russlands Angriffskrieg wird entschieden verurteilt und ein Einstellen seiner Aggression mit einer Rückkehr zur Einhaltung des Minsker Abkommens gefordert. Außerdem unterstützt der Europäische Rat die Ermittlungen zu den russischen Verstößen gegen internationales Recht und zeigte sich erneut fest entschlossen, Russland vollständig zur Rechenschaft zu ziehen. Die rechtswidrige Entführung ukrainischer Kinder und Zivilisten wird aufs Schärfste verurteilt, ebenso die vorsätzliche Zerstörung des Kachowka-Staudamms. Der Rat will den Druck auf Russland erhöhen und somit seine Fähigkeiten im Krieg schwächen, was den Druck auf Russland unterstützende Länder wie den Iran und Belarus beinhaltet. Desweiteren äußert der Rat zutiefste Besorgnis über die Tatsache, dass Nahrungsmittel von Russland als Waffe eingesetzt und das Getreide-Abkommen zu langsam umgesetzt werden.

Die Relevanz der bisherigen und zukünftigen Reformen in der Ukraine mit Hinblick auf einen EU-Beitrittsprozess wird gewürdigt, und eine weitere enge Zusammenarbeit in diesem Bereich angekündigt. Zudem erklärten die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft, sich an Sicherheitszusagen für die Ukraine zu beteiligen. Eine zügige Prüfung der Modalitäten werde bald erfolgen und der Rat mit der Angelegenheit befasst bleiben, damit die Ukraine sich langfristig selbst gegen Angriffshandlungen und Destabilisierungsversuche verteidigen könne. Die Zusagen sollen zudem dazu dienen, die Versorgung der Ukraine mit Finanzmitteln, Munition und Kriegsgerät zur Verteidigung sicherzustellen, um die Zeit bis zu einem späteren EU- bzw. NATO-Beitritt zu überbrücken.

Kommentar

Im Vorfeld des Gipfels äußerten sich vor allem die neutralen EU-Mitgliedstaaten kritisch gegenüber die zu diskutierenden Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Grundsätzlich bestand Einigkeit über Sicherheitszusagen im allgemeineren Sinne, die genaue Formulierung blieb jedoch strittig, da insbesondere Frankreich und einige osteuropäische Staaten auf konkretere Zusagen pochten. Letztlich bestand die Einigung in einem Kompromiss, der die besonderen sicherheitspolitischen Bedürfnisse aller Mitgliedstaaten berücksichtigt und dementsprechend die Verantwortung stärker auf willige Mitgliedstaaten legt. In Abstimmung mit Partnern, womit hauptsächlich die NATO gemeint ist, sollen diese an einem Konzept arbeiten, wobei die Europäische Union sie dabei unterstützen würde. Unklarheit besteht noch darüber, wie genau diese Modalitäten definiert sollen werden. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der zu Gast auf dem Gipfel war, erklärte in diesem Zusammenhang jedoch bereits die Einigkeit der NATO-Staaten darüber, die Ukraine werde in der nicht näher präzisierten Zukunft Teil des Bündnisses sein.

Eine Diskussion über die eingefrorenen russischen Gelder kam ebenfalls zu keinem Ergebnis, da die Forderung der baltischen und einiger anderer Staaten nach einer Nutzung der Mittel zum Wiederaufbau der Ukraine von anderen zurückhaltend aufgenommen wurde. Bedenken bestehen bezüglich der Rechtmäßigkeit einer solchen Aktion sowie der Rolle des Euro als internationale Währung. Die Kommission wird nun ihrerseits versuchen, bis Ende Juli einen eigenen Vorschlag vorzulegen.

Sicherheit und Verteidigung

Hintergrund

Die Europäische Union setzt sowohl angesichts der geopolitischen Lage auf dem europäischen Kontinent als auch global weiterhin auf eine grundlegende Steigerung der eigenen Verteidigungsfähigkeit. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist dieses Vorhaben mehr und mehr in den Vordergrund gerückt, Defizite sind klarer und mögliche Kooperationsmöglichkeiten mit der NATO sind deutlicher geworden. Bereits am 30. März 2023 hatte die Kommission 1,2 Milliarden Euro für kooperative Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Verteidigungsbereich bereitgestellt. Die Maßgabe war also auch im Vorfeld der Juni-Sitzung des Europäischen Rates deutlich. Insgesamt sieht sich die EU mit einer ganzen Reihe von unterschiedlichen Sicherheitsbedrohungen konfrontiert. Nicht selten war hier in der Vergangenheit ernüchternd festzustellen, dass vor allem auf der so wichtigen Ebene der Kooperation und

Abstimmung Defizite vorherrschten, die es nun Stück für Stück, aber eben auch nicht zu langsam zu beseitigen gilt. So ist der Europäische Verteidigungsfond insgesamt mit 7,953 Mrd. Euro ausgestattet worden. Dieser Fond deckt den Zeitraum von 2021 bis 2027 ab und baut auf zwei Säulen auf. Einerseits sind 2,6 Mrd. Euro für die kooperative Forschung im Bereich der Verteidigung vorgesehen, andererseits sollen 5,3 Mrd. Euro die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten unterstützen. Die EU hat zumindest schonmal keine Kosten gescheut, um Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte aufzuholen. Dabei hat sie auch nicht vernachlässigt, dass die moderne Kriegsführung dieser Tage längst nicht mehr unbedingt an der Front oder auf dem Schlachtfeld stattfindet. Letzteres wird nämlich zunehmend digitaler. So hat die Kommission im Vorfeld des Rates bereits die nötigen Schritte unternommen, um die EU im Kampf gegen Cyberbedrohungen zu verbessern. Der Rat begrüßte dieses Vorhaben bereits in seiner Sitzung im März 2023. Am 18. April folgte hierzu schließlich ein Gesetz, das die Erkennung, Sensibilisierung und Abwehr von Cyber-Gefahren erleichtern soll. Letzterem wiederum folgte am 03. Mai eine Verordnung zur Förderung von Munitionsproduktion, die bereits angenommen wurde. 500 Mio. Euro stehen bereit, um Lieferketten zu überwachen und Engpässe bei der Munitionsversorgung zu beheben - letztlich auch, um die Ukraine weiter unterstützen zu können. Das Europäische Parlament hatte dies mit einem Dringlichkeitsverfahren forciert, um eben jenen Betrag dafür nutzen zu können, dass Mitgliedstaaten ihre Bestände auffüllen und ihre Produktionen steigern können.

Dem waren bereits jahrelange Forderungen und Debatten zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der EU-Verteidigungsstrukturen vorangegangen. Der Rat forderte hierbei immer wieder, dass Munition und u.a. auch Raketen gemeinsam beschafft werden sollten. Eine Einigung erfolgte bislang nicht, jedoch ist das im Mai angenommene "Defense Investment Program" (EDIP), das im Absatz zuvor bereits beschrieben wurde, zumindest ein großer Schritt in die richtige Richtung. Auch die fast schon als Wiederauferstehung zu bezeichnende Aufstockung der Europäischen Friedensfazilität, die im März mit weiteren 3,5 Mrd. Euro ausgestattet wurde und u.a. auch zur Unterstützung der Ukraine verwendet wird, ist ebenfalls ein solcher Schritt in die richtige Richtung. Ob dieser Vorzeichen gab es auf dem Ratsgipfel nun einige Dinge zu besprechen und potentiell zu verabschieden. Dass Sicherheit und Verteidigung gesondert von der Außenpolitik behandelt wird, beschreibt in etwa den Umfang der beiden Themengebiete auf dem Juni-Gipfel. Umso erfreulicher wurde dann bereits im Vorfeld des Gipfels die Nachricht

aufgenommen, dass zumindest eine politische Einigung über einen Rechtsakt zur weiteren Förderung von gemeinschaftlichen Anschaffungen im Verteidigungsbereich (EDIRPA) gefunden wurde.

Entwicklung

Die Staats- und Regierungschefs beratschlagten gleich am ersten Sitzungstag zu den Tagesordnungspunkten im Kapitel "Sicherheit und Verteidigung". Sie betonten hierbei die Bedeutung der Stärkung der industriellen und technologischen Basis des europäischen Verteidigungssektors, um seine Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten. Der Rat betonte hierbei das sich weiterhin im Wandel befindliche strategische und geopolitische Umfeld, in dem sich die EU derzeit bewege. Hier müsse die Union langfristig mehr Verantwortung übernehmen. Bundeskanzler Scholz hatte diese Einschätzung in seiner Regierungserklärung noch mit der Rolle Europas in der NATO umschrieben, die unbedingt gestärkt werden müsse. Inwiefern er die EU in einer tragenden Rolle außerhalb der NATO einbezieht, bleibt offen. Jedoch war sich der Rat am Donnerstag doch sehr einig darüber, dass diese Ziele nur erreicht werden können, wenn hierzu auch die entsprechenden Maßnahmen ergriffen würden. So forderte der Rat erneut, dass bei der gemeinsamen Beschaffung von Munition und Raketen größere Fortschritte zu erzielen seien. Die Kooperation müsse auf dieser Ebene unbedingt gesteigert werden. Der Rat begrüßte ferner die erzielte Einigung über die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch einen gemeinsamen Rechtsakt (EDIRPA). Wie eingangs beschrieben, wird dieser darauf abzielen, die europäische Verteidigungsindustrie weiter zu stärken und hierzu auch die entsprechenden Mittel für eine gesteigerte Kooperation bereitzustellen.

In diesem Zuge forderten die Staats- und Regierungschefs die Europäische Kommission nachdrücklich dazu auf, einen Vorschlag für ein Europäisches Verteidigungsinvestitionsprogramm (EDIP) vorzulegen, um die modernsten Verteidigungstechnologien direkt an der Basis zu entwickeln. In den Fokus rücken hier vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die einen großen Beitrag hierzu leisten sollen. Dies ginge final dann auch Hand in Hand mit den bereits eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, auf die dann nicht nur die eigentlichen Mittel, sondern auch die notwendigen Ausrüstungsgegenstände folgen müssen. Hier begrüßte der Rat ausdrücklich die Anhebung der Europäischen Friedensfazilität um 3,5 Mrd. Euro. Nur so könne die globale geografische Reichweite der Fazilität gewahrt, die Fähigkeiten der EU in diesem Bereich gestärkt und eine fortgesetzte militärische Unterstützung für die Ukraine gewährleistet werden.

Darüber hinaus wurden die Fortschritte bei der Umsetzung des Strategischen Kompasses, der als Rahmen für die Bewältigung gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungsherausforderungen dient, gewürdigt. Zu den Schwerpunkten gehören Cybersicherheit und -verteidigung, hybride Bedrohungen, militärische Mobilität, Weltraum und maritime Sicherheit. Der Rat brachte seine Zufriedenheit mit der Arbeit in diesen Bereichen zum Ausdruck und hob die jüngste Verabschiedung des neuen Pakts für die zivile Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hervor, der darauf abzielt, die zivilen Fähigkeiten im Rahmen der GSVP zu stärken. Dies bezieht sich auch auf den Bereich der Cyberabwehr. Hier begrüßte der Europäische Rat die laufenden Arbeiten der EU zur Cyberabwehr und die Überprüfung des Instrumentariums der EU für die Cyberdiplomatie. Diese Initiativen zielen darauf ab, die Fähigkeit Europas zur Verhinderung, Abschreckung und Reaktion auf Cyberangriffe zu verbessern, indem die Fähigkeiten zur Cyberabwehr gestärkt und diplomatische Instrumente entwickelt werden, um Cyberbedrohungen wirksam zu begegnen.

Kommentar

Der Fokus des Europäischen Rates auf der Stärkung der industriellen und technologischen Basis des europäischen Verteidigungssektors ist nicht nur eine bemerkenswerte, sondern in der Sache dringend notwendig Entwicklung. Die Verteidigungsindustrie der EU ist derzeit fragmentiert und verfügt nicht über die Skalierung und Ressourcen anderer, wirtschaftlich ähnlich starker Regionen. Durch Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Verteidigungsunternehmen kann die EU eine wettbewerbsfähigere und innovativere Verteidigungsindustrie schaffen, die besser in der Lage ist, den Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.

Die Entscheidung des Rates, die Europäische Friedensfazilität um 3,5 Milliarden Euro zu erhöhen, ist zunächst einmal ebenfalls positiv zu kennzeichnen. Jedoch ist die Friedensfazilität ein Fonds, der zur Finanzierung von militärischen Operationen außerhalb der EU genutzt werden kann. Es ist verständlich, dass die EU nach der russischen Invasion zusätzliche militärische Unterstützung für die Ukraine bereitstellen möchte, jedoch ist es wichtig zu bedenken, dass die Friedensfazilität keine langfristige Lösung für die Sicherheitsherausforderungen Europas darstellt. Dies muss die EU zumindest in der mittelfristigen Planung unbedingt berücksichtigen. Langfristig muss die EU entsprechend auch in ihre eigenen militärischen Fähigkeiten investieren, anstatt sich auf die Vereinigten Staaten oder andere Länder zu verlassen, um Sicherheit

innerhalb der EU oder auch in direkter Nachbarschaft zu gewährleisten.

Die erzielte politische Einigung über die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch einen gemeinsamen Rechtsakt (EDIRPA) ist ebenfalls eine positive Entwicklung. EDIRPA wird der EU die notwendigen Instrumente bieten, um die Zusammenarbeit zwischen europäischen Verteidigungsunternehmen zu fördern und Forschungs- und Entwicklungsbemühungen zu koordinieren. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass EDIRPA kein Allheilmittel ist. Es wird Zeit und Anstrengung erfordern, um eine wirklich integrierte europäische Verteidigungsindustrie zu schaffen. Der Rat hat insofern mit seiner Forderung Recht, sich dieses Themas auch angesichts weiterhin bestehender nationaler Alleingänge noch effizienter und nachdrücklicher zu widmen.

Besonders die Rolle der EU in der NATO ist von großer Bedeutung, wie der Auftritt von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, der ein weiteres Jahr NATO-Generalsekretär bleiben wird, gezeigt hat. Er betonte, dass die Partnerschaft zwischen EU und NATO von großer Bedeutung sei und die NATO die EU mehr denn je brauche. Hierbei spielte er besonders auf den Schutz von kritischer Infrastruktur und Cybersicherheit an, da dies Felder seien, in denen die NATO auf die Komplementarität zur EU angewiesen sei.

Insofern sollte klar geworden sein, dass für die Sicherheit Europas nicht nur die NATO zuständig sein kann, sondern im Gegenteil die EU durchaus eine sehr große Rolle spielen muss. Die Schritte, die auf dem Juni-Ratsgipfel eingeleitet oder gar beschlossen wurden, sind insofern ein großer Schritt in die richtige Richtung, falls die Beschlüsse auch zeitnah und effizient umgesetzt werden. In Anbetracht der Zeitskala, auf der sich die EU hier bewegt, kann das durchaus angezweifelt werden.

Wirtschaft

Hintergrund

Die geopolitischen und geoökonomischen Spannungen haben in den letzten Monaten weiter die Diskussionen in der EU über die wirtschaftliche Steuerung und die Neupositionierung Europas im globalen Wettbewerb geprägt. Auf ihrer Tagung vom März 2023 haben die EU-Führungsspitzen erörtert, wie eine solide und zukunftssichere Wirtschaft, die langfristigen Wohlstand sichert, aufgebaut werden kann. Im Vorfeld des jetzigen Ratsgipfels wurde weiter im Parlament und im Rat über die von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmen, die die Europäische Industrielle Fähigkeit sichern sollten, diskutiert. Im Mittelpunkt standen weiter das Netto-Null Industriegesetz

(NZIA) und der Rechtsakt zu kritischen Rohstoffen (CRMA). Das von der Europäischen Kommission im März vorgelegte NZIA zielt darauf ab, die Produktion grüner Technologien in der EU anzukurbeln, und wird als Antwort der EU auf den nicht minder subventionslastigen U.S. Inflation Reduction Act (IRA) und die Konkurrenz aus China angepriesen. Der Hauptkonflikt in den letzten Monaten bestand in der Frage des Anwendungsbereichs des Gesetzes, da Frankreich und mehrere andere Länder wollten, dass das Gesetz alle Nukleartechnologien umfasst. Ein Kompromissvorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft mit der Liste der strategischen Netto-Null-Technologien sollte dann im EU-Gipfel nochmal abgestimmt werden. Auch in Bezug auf CRMA hatte die schwedische Ratspräsidentschaft angekündigt, bis Ende Juni eine Einigung erreichen zu wollen, bevor es am 1. Juli den Staffeln an Spanien weitergibt.

Zudem hat am 20. Juni Präsidentin von der Leyen die europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit vorgestellt. Mit der neuen Strategie soll es der EU mehr Instrumente für den Umgang mit Handelspartnern an die Hand gegeben werden, die den Handel als politische Waffe einsetzen könnten. So würde die Kommission mehr Aufsicht über die Exportkontrollen haben, die jetzt in den Händen der Regierungen liegen, und ein Screening für Investitionen europäischer Unternehmen im Ausland einführen, insbesondere für sensible Technologien, die von Handelskonkurrenten kopiert werden könnten.

Neue Strategien und Programme werden – so ist zu erwarten – auch die Mobilisierung neuer Gelder nötig machen. Daher präsentierte die Kommission am gleichen Tag auch die lang erwartete Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), des langfristigen Haushalts der EU. Die Kommission hat eine Aufstockung in Höhe von 66 Milliarden Euro des langfristigen EU-Haushalts vorgeschlagen. Mit diesem zusätzlichen Mittel sollen aktuelle Herausforderungen wie die langfristige Unterstützung für die Ukraine, die steigenden Kosten durch Inflation und die Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit bewältigt werden.

Entwicklung

Im Vordergrund der Schlussfolgerungen im wirtschaftlichen Bereich stand auch dieses Mal die „Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität Europas“. „Dabei lag der Schwerpunkt auf der Vertiefung des Binnenmarkts, der Wahrung seiner Integrität und der Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen bei gleichzeitiger Stärkung seiner Industriepolitik und Verringerung strategischer Abhängigkeiten, insbesondere in den sensibelsten Bereichen.“

Im ersten Teil der Schlussfolgerungen wurde daher eine Bilanz gezogen, über die Fortschritte seit dem letzten Gipfel und der schwedischen Ratspräsidentschaft. So forderte der Rat, die Arbeit an den legislativen Initiativen wie dem NZIA und dem CRMA zu beschleunigen, um vor dem Ende der laufenden Legislaturperiode eine Einigung zu erreichen. Zudem wurden auch wichtige Themenbereiche wie die Chancen und Risiken bestimmter Anwendungen von KI, die Herstellung und Verfügbarkeit der wichtigsten Arzneimittel, sowie ihre Komponenten in Europa unter diesem Paragraphen zusammengefügt. Zudem forderte der Rat, dass „auf seiner Tagung im März 2024 ein auf hoher Ebene erstellter unabhängiger Bericht über die Zukunft des Binnenmarkts vorgelegt wird“. Zuletzt wollten die Staats- und Regierungschefs, dass die Kommission, ein „Instrumentarium zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen und der Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas“ vorliegt.

Die weiteren Paragraphen beschäftigen sich kurz mit anderen aktuell verbundenen Themen wie den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten über die Auswirkungen des IRAs und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der EU. Hier sollen die Interessen der EU verteidigt und gleichzeitig eine offene Wirtschaft bewahrt werden.

Im letzten Teil wurden „die vom Rat erörterten länderspezifischen integrierten Empfehlungen gebilligt, sodass das Europäische Semester 2023 abgeschlossen werden kann“. Als letzter Punkt nahm der Rat die Arbeiten an der vorgeschlagenen Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens zur Kenntnis.

Kommentar

Während wirtschaftliche Fragen die Tagesordnung des letzten Gipfels dominierten, standen bei diesem Treffen außenpolitische Probleme im Zentrum, weswegen die Diskussionen im Rat weniger kontrovers geführt wurden und der Entwurf ohne große Änderungen angenommen wurde.

Bei den Wirtschaftsthemen des Gipfels, wie der Industriepolitik der EU, Fragen zum Binnenmarkt und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit knüpften die EU-Führungsspitzen überwiegend an frühere Schlussfolgerungen an, ohne große, neue Schritte anzukündigen.

Während die schwedische EU-Ratspräsidentschaft Kompromisstexte für den NZIA in Umlauf gebracht hat, befinden sich die Verhandlungen noch in einem frühen Stadium. Es bleibt also abzuwarten, was die Kommission noch bis zum Ende ihres Mandats erreichen kann. Die wichtigere Frage, wie die EU-Länder ihre Industrie mit Subventionen för-

dern können, ohne die Grundlagen ihres Binnenmarktes zu stören, bleibt bestehen. Das wichtige Vorhaben der Kommission für die gelockerten Subventionsregeln einen Ausgleich zu schaffen, wurde vorerst auf Eis gelegt. Stattdessen wurde am 20. Juni im Rahmen des MFR „STEP“, die Plattform für strategische Technologien für Europa, vorgestellt, in der Gelder zur Förderung von Unternehmen und Projekten in den Bereichen Grüne Technologien, Biotechnologie und Tiefentechnologie gebündelt werden sollen. Ursula von der Leyen bezeichnete das Programm als "Vorläufer eines vollwertigen Souveränitätsfonds, der in Zukunft eingerichtet werden soll". Die Plattform beläuft sich auf erstmalig 10 Milliarden Euro an frischem Geld. Angesichts der Zurückhaltung von mehreren Ländern weitere EU-Mitteln zur Verfügung zu stellen, bleibt es allerdings fraglich, ob der versprochene Souveränitätsfond noch kommen wird.

Es gab letztlich kaum vertiefte Debatten beim Gipfel über die jüngst vorgelegte Strategie über wirtschaftliche Sicherheit, die auch China in den Blick nimmt (mehr dazu im China-Teil). Bereits im Voraus gab es unter den Mitgliedstaaten Vorbehalte gegen den Vorstoß der Kommission, der teils in nationale Kompetenzen vordringt. Auch Deutschland vertrat die Position, dass „die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten zu respektieren seien“.

Beim EU-Haushalt waren einige Mitgliedstaaten noch vor dem Gipfel über die Forderung, zusätzlich 66 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, eher zurückhaltend. Deutschland und Frankreich haben erklärt, dass sie aktuell keine weiteren Mittel übrig haben. Deswegen waren auch die Schlussfolgerungen an diesem Punkt am Ende etwas weniger verpflichtend. Die Debatte hierzu wird sicherlich in den kommenden Monaten teilweise heftig sein.

Bei vielen Punkten im wirtschaftlichen Bereich heißt es also „Work in Progress“. Die Schweden konnten im Laufe der letzten sechs Monate ihrer Ratspräsidentschaft Vieles in diesem Bereich vorbringen. Allerdings hat die Debatte über Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Politik große Fragen zur Zukunft des Binnenmarktes aufgeworfen. Fest steht, dass Europa der strategischen Autonomie mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken muss und gleichzeitig erkennt, dass Staatliche Beihilfen keine langfristige Wettbewerbsstrategie sind. Aber in einer Welt, wo China und die USA den Ton angeben, wäre es schwierig für Europa, sich weiter für eine liberale, regelbasierte Weltwirtschaftsordnung einzusetzen. Mit dieser schwierigen Problematik werden sich die EU-Länder in den kommenden Jahren höchstwahrscheinlich weiter beschäftigen müssen.

Migration

Hintergrund

Nach dem Migrationskompromiss der EU-Innenminister Anfang Juni war Migration eines der zentralen Themen des Europäischen Rates vor der Sommerpause. Unter der Ägide der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft konnte sich eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position des Rates einigen. Diese beinhaltet unter anderem die Prüfung von Asylverfahren in Asylzentren an den EU-Außengrenzen, welche auch Familien mit minderjährigen Kindern nicht ausnimmt, und einen Ausgleichsmechanismus zur verpflichtenden Solidarität bzw. Zahlungen von ca. 20.000 € pro Person, die von einem Mitgliedstaat nicht aufgenommen wird.

Nach mehrjährigen Verhandlungen markiert der von der schwedischen Ratspräsidentschaft als Erfolg gefeierte Kompromiss einen Meilenstein. Jedoch steht eine Einigung mit dem Europäischen Parlament und der Kommission im Rahmen der Trilog-Verhandlungen noch aus. In den Monaten bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode stehen sich drei Lager gegenüber. Im Parlament treten Grüne und Linke, wie auch die ampelregierte deutsche Bundesregierung im Rat, für eine Abmilderung des Kompromisses besonders mit Blick auf den Umgang von Familien mit minderjährigen Kindern ein. Andererseits sind Polen und Ungarn gegen die Aufnahme von Geflüchteten und verpflichtende Zahlungen für auf Basis des Solidaritätsmechanismus zugeteilte und nicht aufgenommene Personen. Ein weiteres Lager steht zu dem mit knapper Mehrheit angenommenen Kompromiss.

Während der Ratskompromiss von Beobachtern bereits als historisch für die mittelfristige Ablösung des dysfunktionalen Dublin-Verfahrens gesehen wird, so bestehen Mitgliedstaaten wie Österreich und Italien zusätzlich auf kurzfristige Maßnahmen zur Stromminderung aus der südlichen EU-Nachbarschaft. Auf solche Forderungen bei Gipfeln im Februar und März 2023 folgte ein Besuch von Meloni, Rutte und von der Leyen beim tunesischen Präsidenten Kais Saied in Tunis. Verhandlungen über eine Vereinbarung zu einerseits wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Unterstützung durch die EU und andererseits Minderung des Asylstroms durch und aus Tunesien wurden daraufhin aufgenommen.

Entwicklung

Erst am Donnerstagabend begannen die Diskussionen zur Migration, gingen aber bis spät in die Nacht und wurden am Freitag fortgesetzt. Am Ende kam es jedoch zu einer Blockade einiger Mitgliedstaaten, die zur ersatzlosen Streichung der

Textstellen in der Beschlussfassung führte. Als Notlösung wurde das Migrationsthema in der Erklärung von Ratspräsident Charles Michel aufgenommen.

Zwischenzeitliche Entwürfe der Gipfelerklärung sahen zunächst zwei Absätze zur Migration vor. Im ersten Absatz sollte das tiefe Bedauern des Europäischen Rates über den tragischen Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der griechischen Küste Mitte Juni zum Ausdruck gebracht werden. Im zweiten Absatz ging es um die europäische Antwort auf die angespannte Migrationslage an den EU-Außengrenzen und den Aufruf, den Asylreformprozess erfolgreich abzuschließen. Kritische Diskussionen gab es unter anderem zu den von der Kommission zusätzlich geforderten 12,5 Milliarden Euro für das Migrationsmanagement.

Eng verbunden mit der Absicht, aktiv gegen Migrationsrouten vorzugehen, ist die Erwähnung Tunesiens im Bereich der südlichen Nachbarschaftspolitik und der Türkei. Während viele Regierungschefs betonten, dass die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien verschiedene Politikfelder umschließen sollen, ist für südliche EU-Mitglieder besonders die Zusammenarbeit im Migrationsbereich wichtig. Dabei stellte sich auch die Frage, unter welchen Bedingungen Tunesien Finanzhilfen erhalten soll. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Beschluss, die Beziehungen zur Türkei neu auszurichten, da sie ebenfalls ein wichtiger Partner in der EU-Migrationspolitik ist.

Allerdings kam es im Europäischen Rat zu einer Blockadehaltung durch Polen und Ungarn. Aufgrund ihrer Ablehnung des zuletzt durch die Innenminister getroffenen Asylkompromisses im Rahmen des regulären Gesetzgebungsverfahrens stellten sich beide Länder gegen einen gemeinsamen Beschluss, wobei die Vertreter Warschaus und Budapests im Rat der EU-Innenminister Anfang Juni überstimmt wurden. Angesichts der anhaltenden Blockade zeigten sich am Freitagmorgen mehrere Regierungschefs offen dafür, die Ratsbeschlüsse zur Migration ersatzlos zu streichen. Diese Blockade der Schlusserklärung im Europäischen Rat hat zwar keine direkten Konsequenzen für die Asylreform, führt jedoch zu dem außergewöhnlichen Schritt, dass es bei diesem Gipfel keine Schlusserklärung zur Migration gibt.

Ratspräsident Michel präsentierte infolge seiner Schlusserklärung zur externen Dimension der Migration, die von 25 der 27 Mitgliedstaaten unterstützt wird. In seiner Erklärung geht er auf das Bootsunglück im Mittelmeer und die zwischenzeitliche Formulierung zur aktuellen Migrationspolitik ein. Dabei wird unter anderem darauf verwiesen, dass die Europäische Kommission auf Basis der

bestehenden Finanzmittel arbeiten soll. Zuletzt nahm Michel die Bedenken seitens Polen und Ungarn auf.

Kommentar

Die fehlende Abschlusserklärung zur Migration ist ein außergewöhnliches Zeichen des Protests seitens Polen und Ungarn. Auch wenn viele Beobachter betonen, dass die Gipfelgeschehnisse keinen realen Einfluss auf den laufenden Prozess der Asylreform hätten, so könnte sich dieses Zeichen negativ auf die kommenden Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, der Kommission und den Mitgliedstaaten auswirken. Migration bleibt somit ein sensibles Thema. Der Handlungsspielraum der gespaltenen deutschen Bundesregierung und der politischen Linken im Parlament, den Kompromiss der Innenminister noch nach ihren Wünschen nachzuverhandeln, ist somit verschwindend gering. Jegliche Abschwächung der Vereinbarung könnte bei südlichen Mitgliedstaaten dazu führen, dass der schwere, aber zugleich historische Kompromiss gefährdet würde.

Abzuwarten bleibt derzeit noch, wann und zu welchen Konditionen eine Vereinbarung mit Tunesien getroffen werden kann. Dass Tunesien während des Gipfels nicht thematisiert wurde, hat taktisch den Vorteil, dass ein möglicher Ratsbeschluss den Verhandlungsspielraum im sensiblen Bereich Migration nicht verengt. Auch Regierungschefs wie Olaf Scholz kommt das zugute, da so keine Positionierung zu Tunesien in seiner zur Migration zerstrittenen Koalition notwendig wird. Erwartungen gegenüber der Kommissionspräsidentin von der Leyen, dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte und der italienischen Premierministerin Meloni sind nun, bald zu einer Lösung für diese Fluchtroute zu kommen. Ungeklärt sind weiterhin einige offene Fragen. Besteht genug Unterstützung für den Kompromiss der Innenminister, um eine spätere Umsetzung zu ermöglichen, wenn bereits jetzt Polen und Ungarn ihre Blockadehaltung auch dort fortsetzen? Ansonsten droht die Dysfunktionalität. Ebenso ungeklärt ist die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen des Migrationsmanagements und potenzieller Finanzhilfen Tunesiens.

China

Hintergrund

Auf der Agenda steht China vor dem Hintergrund von der Leyens China-Rede und der kürzlich von der Kommission vorgestellten Economic Security Strategy. Von der Leyen hatte in einer Rede Ende März für ihre Herangehensweise gegenüber China des "derisking, not decoupling" geworben. Während die USA von der EU eine Entkoppelung der

Beziehungen zum zunehmend aggressiver auftretenden China fordern, möchten eine große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten Beziehungen zu China zumindest teilweise aufrechterhalten. Dementsprechend sieht die derisking-Herangehensweise vor, Risiken durch einseitige Abhängigkeiten in sensiblen Sektoren zu reduzieren, z. B. Rohstoffe, Halbleiter, Quantentechnologie.

Zu China besteht in der EU keine einheitliche Linie. Die Europäische Kommission unter der Führung von der Leyen´s setzt sich im Sinne der derisking-Herangehensweise für eine stärkere Abgrenzung zu China ein. Ein transatlantisches Lager mit engen Verbindungen zu den USA folgt dieser Herangehensweise. Hierzu gehören die von den USA stark militärisch unterstützten baltischen Länder sowie Polen und die Niederlande mit ihrer Halbleiterindustrie. Besonders Estland und das durch China sanktionierte Litauen sehen eine zunehmende Rivalität zu China. Dem gegenüber stehen Länder wie Deutschland und Frankreich, die nach wie vor kooperative Elemente der Beziehung mit China betonen. Jüngst hatten Berlin und Paris den chinesischen Premier Li Qiang zu Gast, die Bundesregierung führte sogar breit angelegte deutsch-chinesische Regierungskonsultationen zum Ausbau der Beziehungen durch. Der französische Präsident Macron sprach sich in einem Interview gegen eine Unterstützung Taiwans im Konfliktfall aus. Andere Mitgliedstaaten sind zurückhaltend, sich klar zu China zu positionieren. Bei diesem für die EU kontroversen Thema bleibt abzuwarten, ob es nach dem Europäischen Rat eine einheitliche Linie geben wird.

Entwicklung

Das Thema China wurde angesichts der kontroversen Diskussionen über den Umgang mit Migration und der Ukraine weniger ausgiebig behandelt. Dennoch konnte sich der Rat auf etliche Punkte einigen, allen voran den vielschichtigen, strategischen Ansatz der EU, im Zuge dessen China gleichzeitig als Partner, Konkurrent und systemischer Rivale betrachtet wird. In der ausbalancierten Schlusserklärung finden sich vor allem kooperative, aber auch abgrenzende Aspekte wieder. Einerseits wird China ermutigt, im Kampf gegen den Klimawandel und andere globale Herausforderungen ehrgeiziger vorzugehen. Im Bereich des gemeinsamen Handels will die EU in beiderseitigem Vorteil gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen und sich nicht nach innen wenden. Andererseits will die EU gemäß des derisking-Konzepts ihre Lieferketten diversifizieren und einseitige Abhängigkeiten verringern. In der Gipfelerklärung wird betont, dass eine Entkopplung von China nicht im Interesse der EU liege.

In Bezug auf Russland und die Ukraine ruft der Rat China in seiner Rolle als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates auf, Druck auf Russland auszuüben, die regelbasierte internationale Ordnung zu respektieren und sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Die zunehmenden Spannungen in der Taiwanstraße werden mit Besorgnis gesehen und einseitige, womöglich gewaltsame Versuche einer Änderung des Status quo abgelehnt. In der gemeinsamen Schlusserklärung wird die "Ein-China-Politik" erneut bekräftigt. Die Situation von Menschenrechtsverteidigern, Minderheiten und Zwangsarbeitern in insbesondere Tibet und Xinjiang wird mit Besorgnis betrachtet, wenngleich die EU die Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialogs begrüßt. An die Erfüllung früherer Verpflichtungen Chinas in Zusammenhang mit Hongkong wird besorgt erinnert.

Kommentar

Bedingt durch die Dominanz der Themen Ukraine und Migration wurde die ursprünglich angedachte Grundsatzdebatte zur gemeinsamen Haltung gegenüber China vertagt. Angesichts der unterschiedlichen Positionen in der EU und dem amerikanischen Druck in der Chinafrage konnte so eine breite Debatte zu diesem brisanten Thema vermieden werden.

Nichtsdestotrotz konstatierte EU-Ratspräsident Charles Michel auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfel eine geeinte, klare Position gegenüber China. In der Beziehung zu China betonte Michel Reziprozität, das Eintreten für Menschenrechte und das Zugehen auf China in Sachen globaler Herausforderungen wie der Klimapolitik. Medienvertreter berichteten jedoch von kritischen Auseinandersetzungen zwischen Michel und von der Leyen, die für einen härteren Kurs gegenüber China eintritt. Für sie steht der derisking-Ansatz und die Reduzierung von Abhängigkeiten im Fokus. Auch unter den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten bestehen weiterhin unterschiedliche Ansichten, inwieweit China Partner oder strategischer Rivale ist.

Außenbeziehungen

Hintergrund

Wenige Tage nach dem Putsch-Versuch in Russland durch die Wagner-Gruppe und dem plötzlich durchgeführten Rückzug der Gruppe mitsamt belarussischen Exil-Aufenthalt des Anführers Jewgeni Prigoschin beeinflussen diese Entwicklungen auch die Diskussionen und Randgespräche im Europäischen Rat. Der zumindest als misslungen zu bezeichnende Putschversuch, der 200 Kilometer vor Moskau ein plötzliches, freiwilliges Ende fand, sollte einige Staats- und Regierungschefs bereits

im Voraus zu einigen Statements bewegen. Bundeskanzler Scholz wollte dabei deutliche Risse im Machtapparat Putins festgestellt haben und kündigte für die Ratssitzung an, dass sich alle über die Folgen dieser Entwicklung für die EU unterhalten werden. Während über diese Information vielleicht Freude aufkommen könnte, warnte Scholz, dass diese unbestreitbaren Risse zur Instabilität Russlands führen könnten und dies der EU nicht zwingend gut tun würde. Nicht zuletzt sollten hierbei auch Sicherheitsgarantien für die Ukraine diskutiert werden, wobei einige der EU-27, vorrangig auch Österreich als nicht NATO-alliiertes Land, Bedenken äußern sollten. Finanziert werden sollen die Garantien jedenfalls durch im Zuge der Sanktionen beschlagnahmtes bzw. eingefrorenes russisches Vermögen. Während andere Staats- und Regierungschefs die Gelegenheit nutzen, um vor der Wagner-Gruppe an sich und möglichen Instabilitäten in Russland zu warnen, beteuerte Finnland, es betrachte seine Grenze mit Russland als gesichert, würde jedoch zusätzliches Personal zum Schutz entsenden.

Neben diesem übergreifenden Thema in der Außenpolitik standen aber auch eine ganze Reihe weiterer Themen auf der Agenda, die in diesem Themengebiet diskutiert werden sollten. Besonders die Entwicklungen der letzten Wochen hatten hierbei schon erste Anzeichen zugelassen, worum es denn bei der Ratssitzung gehen sollte. Hinsichtlich des für den 17. und 18. Juli geplanten EU-CELAC-Gipfels ist zu erwarten, dass der Rat zu einer möglichen engeren Beziehung der EU zu den Ländern der Gruppe Stellung beziehen wird. Das Mercosur-Handelsabkommen steht ja ebenfalls im Raum - zu den jüngsten Verhandlungen war von der Leyen persönlich nach Südamerika gereist.

Der Westbalkan ist und bleibt ein dominantes Thema. In der Vergangenheit wurde hier von verschiedenen Stellen immer wieder betont, dass die Zukunft der Region in der EU-Mitgliedschaft liege und gute Fortschritte bei der Umsetzung der Vorgaben gemacht würden. Allerdings wurden hierbei auch immer jene beiden Staaten auf die lange Bank geschoben, die eigentlich schon soweit sind: Nordmazedonien und Albanien. Die formalen Voraussetzungen für Beitrittsverhandlungen sind erfüllt, jedoch wird die Aufnahme dieser weiterhin blockiert.

Historie auf EU-Ebene hinter sich her. Vielleicht gelingt zumindest bei einigen Themen auch hier ein Durchbruch.

Entwicklung

Hinsichtlich der geopolitischen Lage ergaben sich eine Vielzahl von Themen, die die Staats- und Re-

gierungschefs zu diskutieren hatten. Die Schlussfolgerungen spiegelten das natürlich wider, wobei hierbei auch noch einmal die Bemühungen und Anstrengungen zu erkennen waren, die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten der EU zu stärken. Außenpolitisch warf der Europäische Rat vor allem einen Blick auf regionale Partnerschaften und Dynamiken. Der bevorstehende EU-CELAC-Gipfel, also die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten, biete eine Gelegenheit, die Partnerschaft auf Grundlage gemeinsamer Werte, Kultur und Geschichte zu stärken und auszubauen. Dies gelte vor allem für die Bereiche Handel, Investitionen, Klima, digitale Transformation und globale Sicherheit.

Ähnlich schlussfolgerten die Staats- und Regierungschefs auch bei der südlichen Nachbarschaft, die zwar selbstredend andere Erfordernisse mit sich bringt, jedoch auf ähnlichen Pfeilern stattzufinden hat. So solle die EU sich hier ebenfalls auf den Handel, auf Investitionen oder auch Migration sowie die Kontakte zwischen den Regionen konzentrieren. Das Partnerschaftsabkommen mit Tunesien sei ein erster Schritt in diese Richtung. Ähnliche strategische Partnerschaften mit anderen Ländern der Region seien nun umzusetzen, so der Rat.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten außerdem nochmals deutlich die Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans. Der Rat werde weiterhin die für den Beitrittsprozess notwendigen Reformen unterstützen, um die Integration der Länder der Region in die EU zu beschleunigen. Gleichzeitig verurteilte der Rat die jüngsten gewaltsamen Zwischenfälle im nördlichen Kosovo und forderte eine sofortige Deeskalation. Vorgezogene Wahlen müssten fair und gefahrlos durchzuführen sein, ansonsten könnte eine neue Stufe der Eskalation erreicht werden, die negative Konsequenzen für die gesamte Region bedeuten könnte. Insofern verwies der Rat auf den von der EU geführten gesonderten Dialog und forderte die schnelle Umsetzung des Abkommens zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien.

Was die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei anbelangt, so beauftragten die Staats- und Regierungschefs den Hohen Vertreter und die Kommission, einen Sachstand auszuarbeiten.

Besorgt blieben die Staats- und Regierungschefs vor allem wegen der jüngsten Entwicklungen in Russland und was das für das direkte Umfeld der EU bedeute. Namentlich fiel der Fokus hier vor allem auf Belarus, wo zunächst russische taktische Nuklearwaffen stationiert wurden und nun auch noch der Anführer und wohl auch eine große Anzahl von Soldaten der Wagner-Gruppe stationiert

sind. Die kurze Distanz nach Kiew macht hier einige Staats- und Regierungschefs etwas nervös. Insofern bestand dann auch Einigkeit, dass eingefrorene russische Vermögen dazu verwendet werden, um die Ukraine zu stärken. Belgiens Premierminister De Croo bezeichnete es schlicht als "logisch". Der ukrainische Präsident Selenskyj adressierte den Rat per Videocall und machte unter anderem nochmal deutlich, dass die Wagner Gruppe derzeit nicht länger in der Ukraine kämpft und seine Truppen diese Instabilität ausnutzen würden, um in der Gegenoffensive Boden gut zu machen.

Kommentar

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur geopolitischen Lage sind nicht einseitig zu bewerten. Einerseits unterstreicht der Rat zu Recht die Notwendigkeit, die Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten der EU zu stärken. Dies ist eine begrüßenswerte Entwicklung, da die EU in den letzten Jahren für ihre mangelnde militärische Stärke kritisiert worden ist und neue geopolitische Realitäten schnelles, effizientes und nachdrückliches Handeln erfordern. Insofern ist es zu begrüßen, dass der Rat hier sogar versucht, über das bereits Erreichte hinweg mehr zu fordern. Zudem ist auch der Fokus auf regionale Partnerschaften und Handelsabkommen, insbesondere mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und der südlichen Nachbarschaft, sehr zu begrüßen. Diese Partnerschaften sind für die EU von entscheidender Bedeutung, um ihren Einfluss global geltend zu machen oder auch auszubauen und so ihre Interessen in diesen Regionen zu fördern.

Ernüchternd bleibt hingegen, dass weiterhin keine wirklichen Fortschritte auf Seiten der EU hinsichtlich der EU-Erweiterung mit Staaten des Westbalkans zu verzeichnen sind. Die Blockade Bulgariens ist weiterhin nicht zu lösen und sorgt so weiterhin dafür, dass sich die EU bei potenziellen Beitrittskandidaten unglaubwürdig macht. Der Rat sollte hier dringend dafür sorgen, dass die Blockade gelöst wird und jene Westbalkan-Staaten, die die Beitrittsprotokolle bereits erfüllt haben, auch in die Beitrittsverhandlungen gehen können. Nicht minder ernüchternd ist die Stellungnahme zur Türkei. Die Beziehungen der EU zur Türkei werden nicht angesprochen und lediglich um einen Sachstand gebeten. Fortschritte sind hingegen in dieser Sache keine gemacht worden.

Gleichzeitig steigt die Unsicherheit im Ukraine-Krieg. Während die Gegenoffensive der Ukrainer derzeit sogar Gebiete zurückerobert, die seit 2014 unter russischer Kontrolle stehen, ist weiterhin unklar, welche Folgen und Vorhaben der wohl inszenierte Putschversuch der Wagner-Gruppe nach sich zieht. Während offiziell alles darauf hindeutet, dass die Gruppe aufgelöst und Prigoschin nach übereinstimmenden Medienberichten wohl um sein Leben bangen muss, deuten einige Verhaltensmuster Putins dennoch darauf hin, dass ein Überraschungsangriff auf Kiew, ausgehend von Belarus, nicht ausgeschlossen werden kann. Insofern ist es an der Zeit, dass einige europäische Geheimdienste ihre Kontakte in Russland bemühen, um diese Entwicklungen eng zu beobachten. Eine diesbezügliche weitere Überraschung wäre die eine Überraschung zu viel.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)